

Thema des Tages Hartz IV

Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle bekräftigt seine scharfen Äußerungen über Hartz IV und sorgt damit für politischen Wirbel. Unionspolitiker gehen auf Distanz.

Geißler: Ein Esel wurde Außenminister

Westerwelle hält trotz Kritik an seiner Position zu Hartz IV fest – Unionspolitiker: Pauschale Beschimpfung

BERLIN. „Die Kritik von links an meinen Aussagen ist scheinheilig. Ich habe nichts zurückzunehmen.“ Das sagte FDP-Chef und Vizekanzler Guido Westerwelle der „Bild am Sonntag“. „Die mich jetzt am lautesten beschimpfen, haben den Murks bei Hartz IV doch selber produziert. Hartz IV ist schließlich eine Erfindung von Rot-Grün.“

Im Deutschlandfunk sagte Westerwelle, es sei zynisch, dass sich diejenigen, die arbeiten würden, entschuldigen müssten, dass sie von ihrer Arbeit etwas behalten möchten. Wenn man für diese Haltung kritisiert werde, sei das eine „ziemlich sozialistische Entwicklung in dieser Republik“. Diejenigen, die arbeiten,

würden „mehr und mehr zu den Deppen der Nation“.

Nach dem Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts hatte Westerwelle geklagt: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ Dafür ertete er anhaltenden Widerspruch auch aus den Reihen der CDU. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich: „Die allermeisten Hartz-IV-Empfänger sind ernsthaft und immer wieder bemüht, Arbeit zu finden. Ihre pauschale Beschimpfung ist einfach nicht zu rechtfertigen.“ Arbeitsministerin Ursula von der Leyen: „Das Bundesverfassungsgericht hat klar gemacht: Das Existenzminimum muss in un-



Der CDU-Politiker Heiner Geißler. Fotos: dpa



Bundesaußenminister Guido Westerwelle.

serem Sozialstaat gesichert sein, denn es geht um die Würde des Menschen.“ Grünen-Chefin Claudia Roth attackierte den FDP-Politiker: „Es tritt wieder auf: der Schreihaals.“ SPD-Chef Sigmar Gabriel bezeich-

nete Westerwelle als sozialpolitischen Brandstifter. Kanzlerin Angela Merkel sei die Biederfrau, die nur zuschauen. Der ehemalige CDU-Generalsekretär Geißler sagte in der Zeitung „Die Welt“: „Die spätrömische Dekadenz bestand darin, dass die Reichen nach ihren Fressgelagen sich in Eselsmilch gebadet haben und der Kaiser Caligula einen Esel zum Konsul ernannt hat.“ Insofern stimme Westerwelles Vergleich. „Vor 100 Tagen ist ein Esel Bundesaußenminister geworden.“

FDP-Vize Andreas Pinkwart hingegen sprang Westerwelle bei. Er bringe auf den Punkt, was Millionen von Arbeitnehmern und Mittelständlern dächten. dpa

DEUTSCHLAND

Weitere Klagen über Schikanen in der Truppe

BERLIN. Nach der Eingabe eines Soldaten zu Ekel-Mutproben bei den Gebirgsjägern in Mittenwald haben weitere Soldaten beim Wehrbeauftragten Reinhold Robbe von „Ritualen“ bei der Bundeswehr berichtet. Das bestätigte Robbe. Es gehe um die Einheit in Mittenwald, aber auch um Einheiten an anderen Bundeswehr-Standorten im Süden Deutschlands.

Röttgen bleibt hartnäckig

BERLIN. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) bekräftigte gestern, dass die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke möglichst kurz gehalten werden soll. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Andreas Pinkwart warf ihm Aktionismus vor. Der Streit nimmt an Schärfe zu.

Eine Seite Steuererklärung

BERLIN. Die FDP will nach Angaben ihres Parteivizes Andreas Pinkwart erreichen, dass Bürger für ihre Steuererklärung künftig nicht mehr als ein Blatt Papier im Din-A4-Format brauchen. Dieses Ziel wolle die FDP in ihrem Steuerkonzept verankern, das im April vorgestellt werden soll, sagte Pinkwart dem „Hamburger Abendblatt“. dpa

EUROPA

Timoschenko will Wahlergebnis anfechten

KIEW. Die ukrainische Regierungschefin Julia Timoschenko hat nach ihrer Niederlage bei der Präsidentschaftswahl die Abstimmung als gefälscht bezeichnet und will das Ergebnis vor Gericht anfechten. „Wir haben gewonnen. Ich habe Beweise“, sagte die Politikerin. Westliche Wahlbeobachter hatten die Wahl als fair und frei eingestuft.

Schweizer Drohung

BERN. Im Streit um Steuersünderdaten droht der Schweizer Nationalrat Alfred Heer von der Volkspartei deutschen Politikern. Sollte Deutschland gestohlene Bankdaten kaufen, werde man auf eine Gesetzesänderung hinarbeiten, dass die Schweizer Konten aller Deutschen offengelegt werden müssten – auch von Politikern und Richtern. dpa

WELT

Birmas Junta lässt Suu Kyis Stellvertreter frei

RANGUN. Nach sieben Jahren Hausarrest ist in Birma der Stellvertreter von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi freigelassen worden. Der 82-jährige Tin Oo kündigte sofort eine Fortsetzung des Kampfes für Demokratie an. Immer noch seien viele seiner Kollegen hinter Gittern, sagte der einstige Armee-Oberbefehlshaber. dpa



Polizei und Gegendemonstranten verhindern in Dresden Marsch von Rechtsextremisten

Neonazis schwenken in Dresden eine Fahne hinter einer Polizeikette. 65 Jahre nach der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg durch alliierte Bomber hat am Samstag ein massives Polizeiaufgebot das Erin-

neren an die Tragödie vom 13. und 14. Februar 1945 ermöglicht. Dass der Neonazi-Marsch durch die Straßen erstmals überhaupt verhindert wurde, ist Tausenden von Gegendemonstranten zu verdanken. Sie hat-

ten den Treffpunkt der Rechtsextremen blockiert und ließen ihnen keine Chance zum Marschieren. Ursprünglich hatten rund 6000 Rechtsextreme einen Zug durch die Stadt geplant. Die Polizei stand zwi-

sch den Fronten 10 000 Leute bildeten eine Menschenkette. Als das Glockengeläut verstummte, brandeten Applaus und Jubel auf. Viel mehr Menschen waren gekommen als erhofft. Foto: Jan Woitas/dpa

MENSCHEN

Kristina Schröder (32)

hat am Samstag in Wiesbaden kirchlich geheiratet. Einen Tag nach der standesamtlichen Hochzeit wurden die 32-Jährige und ihr sechs Jahre älterer Mann Ole Schröder in der Kirche eines Wiesbadener Stadtteils getraut. Er arbeitet als Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium und sitzt ebenfalls für die CDU im Bundestag. Zur Hochzeit trug die Ministerin, geborene Köhler, ein weißes Kleid mit Schleier und als Brautstrauß rosa Rosen.



José Manuel Barroso (53)

hat 2009 für Reisen und Repräsentation als EU-Kommissionspräsident Ausgaben von 730 230 Euro gehabt. Auf Platz zwei kam in dem Gremium die damalige Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner mit gut 434 000 Euro, hieß es in Berichten unter Hinweis auf ein internes Dokument. Vergleichszahlen des Vorjahres lagen nicht vor. Ein Kommissionssprecher sagte, anders als Staats- und Regierungschefs verfüge der EU-Präsident nicht über eigenes Flugzeug. Fotos: dpa



Experte: Griechenland soll sich selber helfen

Euro-Staaten diskutieren Unterstützung für das hochverschuldete Mitgliedsland

BRÜSSEL. Nach den EU-Staats- und Regierungschefs werden heute die Euro-Finanzminister über das Sicherungsnetz für das hoch verschuldete Griechenland sprechen. Die 16 Länder mit Euro-Währung wollen koordiniert vorgehen, falls ihr schwächstes Mitglied Griechenland seine Schulden nicht mehr bezahlen kann. Im Gespräch sind bilaterale Kredite oder der Aufkauf von griechischen Staatsanleihen, falls diese nicht mehr von den Finanzmärkten aufgenommen werden.

Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten am Donnerstag eine

bisher beispiellose Erklärung verabschiedet, wonach Athen im Falle einer akuten Finanzkrise unter die Arme gegriffen werden soll.

Führende Wirtschaftswissenschaftler kritisierten diese Zusage scharf. „Dadurch gerät das ganze Gebäude in Schieflage“, sagte der langjährige Chefökonom der Europäischen Zentralbank, Otmar Issing. Griechenland müsse sich selbst helfen. Er verwies auf das großzügige griechische Rentensystem: „Es kann nicht angehen, dass man Hilfe von außen in Anspruch nimmt, um so etwas weiterbetreiben zu können.“

Einer Nothilfe zugunsten Griechenlands steht Artikel 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union entgegen. Der besagt, dass die europäischen Staaten auch in der Währungsunion nicht füreinander haften oder einstehen.

Zu den Ursachen des Finanzdesters gehört jahrelanges Verstecken von Milliarden schulden. Dabei half „Spiegel-online“ zufolge auch das US-Geldhaus Goldman Sachs. Für dessen Dienste habe Griechenland bis 2009 rund 300 Millionen Dollar abgeführt. dpa/ms

► KOMMENTAR

Tote bei Anschlag in Indien, Deutsche verletzt

Innenministerium: Die Bombenleger wollten offenbar Ausländer und Einheimische treffen

NEU DELHI. Bei einem Anschlag auf das Szene-Café „German Bakery“ (Deutsche Bäckerei) in der westindischen Millionenmetropole Pune sind nach jüngsten Angaben neun Menschen ums Leben gekommen. Unter den etwa 60 Verletzten sei auch eine 50 Jahre alte Deutsche, sagte ein Polizeisprecher.

Innenstaatssekretär Gopal K. Pillai sagte, auch mehrere andere Ausländer seien am Vortag verletzt worden, darunter vier Iraner, zwei Nepalesen und ein Taiwanese. Der Anschlag in Pune – früher Poona – war der schwerste dieser Art seit der verheerenden Terrorserie von Mumbai, bei der Ende 2008 mehr als 160 Menschen getötet wurden.



Völlig zerstört wurde die Bäckerei in Pune durch den Anschlag. Foto: dpa

Der indische Innenminister Palaniappan Chidambaram sagte: „Alle uns vorliegenden Informationen

deuten auf einen Plan, einen Sprengsatz an einem Ort zu zünden, der sowohl von Ausländern als auch

von Indern besucht wird.“ Eine Polizeisprecherin sagte, sechs der Toten des Anschlags seien identifiziert worden, es seien Inder gewesen. Bei einer getöteten Frau, deren Identität noch nicht feststehe, könnte es sich um eine Ausländerin handeln.

Die meisten Opfer seien junge Menschen gewesen, die in Pune arbeiteten oder studierten. Das Lokal war bei Touristen und Einheimischen beliebt.

Die oppositionelle hindu-nationalistische BJP sprach sich nach dem Terroranschlag gegen Gespräche mit Pakistan aus, die für den 25. Februar geplant sind. Terror und Gespräche seien nicht miteinander vereinbar. dpa